

Niederschrift über die Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung am 29. Mai 2017

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Vorstellungsrunde, Genehmigung der Tagesordnung
2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 6. März
3. Anfrage „Versorgungsstruktur von geflüchteten Menschen mit Behinderung und Traumata“
4. Antrag „Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in die Stadtteils- und Quartiersprojekte“
5. Antrag „Nutzbarkeit der Blindenleitsysteme“
6. Glatte Wegeverbindung Burgplatz / Marktplatz
7. Berichte aus den Runden Tischen
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Verschiedenes

Bürgerfragestunde

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Anwesenheitsliste

Mitglieder

Ratsherr Lehne	Vorsitzender
Herr Wessels	stellvertretender Vorsitzender
Herr Borzim	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Decius	Menschen mit Mehrfachbehinderung
Herr Fischer	Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung
Herr Graf	Menschen mit Hörbehinderung
Frau Humpert-Kalb	Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Joedecke	Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Herr Kozyk	Menschen mit Sehbehinderung
Ratsherr Matheisen	FDP-Ratsfraktion
Ratsfrau Mohrs	SPD-Ratsfraktion
Frau Ott	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Reichmann-Schmidt	Menschen mit psychischer Behinderung
Herr Ries	Ratsfraktion Tierschutz / FREIE WÄHLER
Frau Sader	Seniorenrat
Herr Schlachetzki	Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Schormann	Gesundheitsamt
Herr Westerberg	Ratsfraktion Die Linke
Herr Zielonka	Sprecher Runder Tisch Verkehr

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Stellvertretende Mitglieder

Frau Andrée	stellvertretende Sprecherin Runder Tisch Verkehr
Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt
Frau Dill	stellvertretende Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Hahn	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Hartmann, A.	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Hartmann, I.	Behindertenkoordination
Frau Hermes	Ratsfraktion Die Linke
Herr Klussmann	Menschen mit Hörbehinderung
Frau Lilienbecker	Amt für Gebäudemanagement
Herr Marks	Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung
Frau Pohlmann	Menschen mit Sehbehinderung
Frau Ripper	Seniorenrat
Herr Welski	Menschen mit Mehrfachbehinderung

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Herr Bergmann	Amt für Kommunikation
Frau Heggen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Hellendahl	Büro Stadtdirektor
Herr Müller	Behindertenkoordination (Schriftführung)
Herr Rütten	Büro Oberbürgermeister
Herr Wehle	Amt für soziale Sicherung und Integration

Gäste

Herr Bremer	Projekt Grand Départ, Büro Oberbürgermeister
Frau Koch	Flüchtlingsbeauftragte, Büro Oberbürgermeister
Herr Reimann	Projekt Grand Départ, Büro Oberbürgermeister
Frau Selter	Stadtplanungsamt

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Entschuldigt

Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Fischer	Liga Wohlfahrt
Frau Hampe	Menschen mit geistiger Behinderung
Frau Hermanns	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen e. V.
Frau Hoop	Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau Kerler	Amt für Gebäudemanagement
Frau Kroker-Christmann	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen e. V.
Frau Laqua	Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau Neumann	Menschen mit geistiger Behinderung
Frau Rohrbacher	Menschen mit psychischer Behinderung
Ratsherr Stieber	CDU-Ratsfraktion
Frau Wirmann	Gesundheitsamt

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

TOP 1

Begrüßung, Vorstellungsrunde, Genehmigung der Tagesordnung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wessels, begrüßt die Mitglieder des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung, die Gäste sowie die Besucherinnen und Besucher. Er entschuldigt den Vorsitzenden, Rats Herrn Lehne, der aufgrund anderweitiger Verpflichtungen später zur Sitzung kommen werde.

Im Anschluss erfolgt die Kurzvorstellung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Auf Wunsch des Tour de France-Teams wird deren Sachstandsbericht (TOP 8 a) vorgezogen. Der Beirat stimmt der entsprechend geänderten Tagesordnung zu.

TOP 2

Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 6. März

Frau Ott merkt zur Niederschrift TOP 5 Seite 11, letzter Absatz, an, dass die dort verlinkte Suchmöglichkeit ihres Erachtens nach nur schwer verständlich sei. Das Amt für Wohnungswesen solle dementsprechend informiert werden.

Darüber hinaus erkundigt sie sich nach der Arbeitsgruppe Satzung, zu der auf Seite 12 der Niederschrift vermerkt worden sei, dass diese in erweiterter Form tagen solle. Frau Ott wurde darauf verwiesen, dass dies unter dem TOP 8 - Mitteilungen der Verwaltung erwähnt werde; die Sitzung sei am 4. April gewesen.

Abschließend genehmigt der Beirat die Niederschrift einstimmig in der vorliegenden Form.

TOP 8

Mitteilungen der Verwaltung

a) Tour de France / Grand Départ

Herr Bremer stellt die Änderungen gegenüber der Präsentation aus der letzten Sitzung am 6. März vor.

Die Fläche an der Heinrich-Heine-Allee sei im Rennverlauf am ersten und am zweiten Tag nutzbar. Sie sei auf den Mittelstreifen der Heinrich-Heine-Allee verlegt worden. Die Sicht sei hier besser; die Zuwegung könne einfacher erfolgen und außerdem liege die Fläche sonnengeschützt. Die nächste Haltestelle sei Opernhaus / Heinrich-Heine-Allee.

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Am Reeser Platz sei am Samstag für das Einzelzeitfahren neben dem Podest für Rollstuhlnutzende ein Platz für Menschen mit Sehbehinderung eingerichtet worden. Dort werde das Renngeschehen in Form einer Audiodeskription kommentiert. Die Parkplätze seien geringfügig Richtung Kaiserswerther Straße verlegt worden. Am Graf-Adolf-Platz habe man nun die Zustimmung der Rheinbahn zur Nutzung eines Bahnsteigs erhalten, wie dies bereits in der Planung vorgesehen war.

Am Übergang von Kaiser-Friedrich-Ring in den Kaiser-Wilhelm-Ring, direkt nördlich der Oberkasseler Brücke, sei ein Platz für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer vorgesehen. In der näheren Umgebung, am Feldmühleplatz, würden Parkplätze eingerichtet, für die Tickets zu bestellen seien; eine barrierefreie Haltestelle gebe es dort leider nicht. Weiterhin sei im Mittelstreifen an der Fischerstraße ein Platz für Rollstuhlnutzende eingerichtet; der nächstgelegene barrierefreie U-Bahnhof sei Victoriaplatz/Klever Straße; Parkplätze seien dort vorgesehen. Am Aquazoo würden etwa 70 reservierbare Parkplätze für Rollstuhlnutzende eingerichtet.

Am Donnerstag finde die Teampräsentation am Burgplatz statt, wo eine Tribüne aufgebaut werde. Unmittelbar vor der Bühne würden Rollstuhlplätze eingerichtet und im VIP-Bereich an der Bühne gebe es Plätze für sehbehinderte Menschen mit Audiodeskription.

Auf Nachfragen erklärt Herr Reimann, dass selbstverständlich auch Begleitpersonen in diesen Bereich kommen könnten. Die Teampräsentation auf dem Burgplatz finde mit Gebärdensprachdolmetschung statt, die auf Videowände an der Tribüne projiziert werde.

Herr Wessels bedankt sich bei Herrn Reimann und Herrn Bremer für die Information und wünscht ein gutes Gelingen für die Veranstaltung.

TOP 3

Anfrage „Versorgungsstruktur von geflüchteten Menschen mit Behinderung und Traumata“

Frau Koch gibt zunächst anhand einer Folienpräsentation eine Übersicht zur aktuellen Flüchtlingssituation in Düsseldorf (Anlage zur Niederschrift).

Es schließt sich eine rege Diskussion an.

Hinsichtlich des Umfangs der Laienhilfe antwortet Frau Koch, dass diese für die über 50 Unterkünfte natürlich noch nicht ausreiche. Zunächst sei es wichtig gewesen, die Menschen unterzubringen und Obdachlosigkeit zu vermeiden. Im derzeitigen Aufbauprozess sei noch an manchen Stellen nachzubessern.

Bezüglich der Gesundheitskarte antwortet sie, dass diese direkt in der kommunalen Erstaufnahmestelle am Vogelsanger Weg ausgegeben werde. Sollte dies einmal nicht

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

der Fall sein, so können oder sollten die betreffenden Menschen an diese Einrichtung verwiesen werden. Einzelne Probleme in der ärztlichen Behandlung, zum Beispiel wegen der angesprochenen Abweisung von Patientinnen und Patienten, könne man ihr direkt unter der E-Mail-Adresse fluechtlingsbeauftragte@duesseldorf.de melden. Sie werde versuchen, eine Klärung herbeizuführen.

Für die Unterstützung in den Schulen gebe es selbstverständlich auch Integrationshelferinnen und Integrationshelfer. In der Grundschule solle die Sprache gelernt werden, dabei würden die Schulen durch Integrationshelferinnen und Integrationshelfer unterstützt. An weiterführenden Schulen gebe es die Einsteigerklassen, die sich schwerpunktmäßig dem Erwerb der deutschen Sprache widmeten. Sobald ein entsprechendes Sprachniveau erreicht sei, erfolge der Übergang in den Regelunterricht. Sorge bereiteten ihr die über 18-Jährigen, die nicht mehr schulpflichtig seien und keinen Zugang zu den Sprachkursen hätten. In der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen befänden sich in Düsseldorf etwa 1.200 Menschen, für die eine Lösung gefunden werde müsse.

Jede Unterkunft werde von einem Wohlfahrtsverband betreut. Wer ehrenamtlich tätig sein wolle, könne sich an den jeweils zuständigen Verband wenden und Hilfe anbieten. Sobald das neue Amt seine Arbeit aufnehme, sei das Thema Ehrenamt sicherlich ein Arbeitsschwerpunkt.

Auf entsprechende Nachfrage erklärt sie, dass sich natürlich auch gehörlose Menschen unter den Flüchtlingen befänden. Beispielhaft berichtet sie von einem jungen gehörlosen Marokkaner, der auch in seiner Heimat nicht die Gebärdensprache erlernt habe, sodass mit ihm kaum eine Verständigung möglich gewesen sei. Er sei dann an eine spezielle Schule nach Köln vermittelt worden.

Herr Graf bietet Unterstützung durch den Stadtverband der Gehörlosen an.

Frau Schormann vom Gesundheitsamt berichtet ergänzend, dass das Gesundheitsamt in der Erstaufnahmeeinrichtung am Völklinger Weg die ärztliche Grundversorgung leiste. Den Flüchtlingen stünden grundsätzlich auch alle Selbsthilfegruppen zur Verfügung. Dabei bestehe natürlich die sprachliche Barriere. Der Verein Peywand e. V. (www.peywand-verein.de) habe eine Gruppe, die sich in der Migrationsthematik engagiere. Ehrenamtliche, die Selbsthilfegruppen gründen möchten, sollten auf das Selbsthilfe-Service-Büro des Gesundheitsamtes zukommen.

Auf die Nachfrage, was mit den Menschen geschehe, die psychotherapeutische Unterstützung benötigten, diese aber nicht ohne erhebliche Wartezeiten erhielten, antwortet Frau Koch, dass die Wartezeiten, wie für Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger, für geflüchtete Menschen ebenfalls gelten. Ergänzend seien mehr Mittel für das psychosoziale Zentrum zur Verfügung gestellt worden; das reiche aber bei weitem nicht, um die Nachfrage derzeit abzudecken.

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Auf eine Planung zur künftigen Bewältigung ähnlicher Krisensituationen angesprochen, erklärt Frau Koch, man könne auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit und auf die bewährten Strukturen zurückgreifen. Alle Beteiligten wie die Wohlfahrtsverbände, die Stadt und andere seien in der Lage, in einem angemessenen Zeitraum die notwendige Infrastruktur aufzubauen.

Abschließend greift Herr Wessels das Angebot von Frau Koch auf, dass der Beirat zum Besuch einer Einrichtung herzlich eingeladen sei und bittet die Geschäftsstelle um entsprechende Vorbereitung in Abstimmung mit dem Büro der Flüchtlingsbeauftragten.

Verabschiedung des Vorsitzenden

Herr Wessels begrüßt den zwischenzeitlich hinzugekommenen Vorsitzenden, Ratsherrn Lehne, und nutzt die Gelegenheit, ihn als Vorsitzenden des Beirates für die bisherige gute Zusammenarbeit in insgesamt zwölf Sitzungen seit November 2014 zu danken. Er wünscht ihm alles Gute für seine künftige Arbeit als Abgeordneter des Landtages Nordrhein-Westfalen.

Ratsherr Lehne bedankt sich seinerseits für die gute Zusammenarbeit in den letzten drei Jahren. Er berichtet, dass seine Arbeit im Beirat ihm neue Horizonte erschlossen habe. Bestimmte Probleme könne man erst dann wirklich verstehen, wenn man sie selber erlebt habe. Er werde auch in der Landespolitik dem Thema Inklusion weiter verbunden bleiben, zum Beispiel was die Förderschulen betreffe, und sicherlich auch in Zukunft weiterhin den Kontakt zum Beirat halten.

Herr Lehne übernimmt von Herrn Wessels die Sitzungsleitung.

TOP 4

Antrag „Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in die Stadtteils- und Quartiersprojekte“

Herr Wessels begründet den von ihm gestellten Antrag. Er berichtet, dass die Behinderten selber, ihre Vereine und Selbsthilfegruppen in der Vergangenheit den Gedanken der Quartiersorientierung nicht in ihrem Fokus hatten, genau wie es in anderen Bereichen der Politik auch gewesen sei. Es sei sein Ansatz gewesen, die Interessen der Menschen mit Behinderung in geeigneter Weise in die entsprechenden kommunalpolitischen Ansätze einzubringen. Er habe nun erfahren, dass das Stadtplanungsamt bereits umfänglich daran arbeite und erhoffe von dort weitere Erläuterungen.

Der Vorsitzende erteilt Frau Selter, Abteilungsleiterin Stadtentwicklung im Stadtplanungsamt, das Wort.

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Sie berichtet über einen Prozess, der Ende des vergangenen Jahres begonnen worden sei. In dem Zusammenhang seien die unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteure aus Verbänden, Wirtschaft, Forschung, Politik und Verwaltung bei einer Auftaktveranstaltung im März zusammengekommen, um sich mit dem Leben im Quartier, der kleinsten räumlichen Einheit im städtischen Lebensraum, zu befassen. Das Quartier sei eine wesentliche Ebene für die gesellschaftliche Entwicklung und Stabilität in einer Stadt. Aus der Politik gebe es seitens des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung (APS) den Auftrag, ein „Gesamtstädtisches integriertes Quartiersentwicklungskonzept“ zu erstellen, um konkrete Quartiere zu finden und zu definieren, wo man vor Ort Prozesse anstoßen und Maßnahmen umsetzen könne. Der Ausschuss für Wohnungswesen habe sich damit befasst, die Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft besser zu koordinieren und zu fördern. Weiterhin gebe es einen Beschluss, ein Konzept zum Quartiersmanagement zu entwickeln. Die verschiedenen politischen Initiativen und Beschlüsse seien für das Stadtplanungsamt Grundlage gewesen, ein externes Büro mit der Erstellung eines Rahmenkonzeptes für die gesamtstädtische Quartiersentwicklung in Düsseldorf zu beauftragen (<https://www.ssr-dortmund.de/quartiersentwicklung-duesseldorf>). Dies sei in Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Dr. Reinhold Knopp vom Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Düsseldorf (HSD) geschehen. Aufgabe sei es, ein integriertes, zwischen allen Akteurinnen und Akteuren abgestimmtes Konzept zu entwickeln. Das beinhalte eine ausführliche Analyse der Quartiere im Hinblick auf deren Stärken und Schwächen sowie die organisatorische Abwicklung des Prozesses zwischen den unterschiedlichen Ebenen der Stadt sowie den anderen Akteurinnen und Akteuren und Interessenvertretungen. Die Auftaktveranstaltung habe am 25. März dieses Jahres stattgefunden. Dazu seien über 400 Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster Organisationen eingeladen worden. Das Ziel der Veranstaltung sei es gewesen, den Status quo zu erfassen, Grundlagen für einen Quartiersatlas zu entwickeln, der fortgeschrieben werden könne, ein Konzept für die strategische Quartiersentwicklung zu erstellen, zwei Vertiefungsräume und Sofortmaßnahmen sowie schließlich ein verbessertes Organisationsmodell vorzuschlagen. Begleitet werde dieser Prozess von einem regelmäßig tagenden Steuerungskreis, in welchem Verwaltungsspitze und Politik vertreten seien, sowie durch eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe.

Der nächste Schritt sei die Vorstellung des Zwischenstandes in den Fraktionen. Gerne sei man auch bereit, die Beiräte über den Stand zu informieren. Darüber hinaus werde es noch verschiedene Workshops sowie eine große Konferenz als Folgeveranstaltung zur Auftaktveranstaltung - voraussichtlich nach der Sommerpause - geben. Das Konzept solle abschließend im Rat beschlossen werden. Derzeit sei man noch am Anfang dieses Prozesses. Sie sehe noch viel Potenzial für die Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen.

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Herr Wessels dankt Frau Selter für den Vortrag. Es sei ihm bislang nicht bekannt gewesen, wie weit die Verwaltung in der Angelegenheit schon sei. Sein Ziel sei es, dass am Ende ein Konzept stehe, bei dem die Menschen mit Behinderung einbezogen würden. Er nehme das Angebot an, eine geeignete Form der Beteiligung zu finden, den Beirat weiterhin in die Planung einzubeziehen und jeweils einen neuen Stand auch im Beirat berichten zu lassen.

Er erklärt, dass er damit seinen Antrag zunächst zurückstelle und man den weiteren Prozess, insbesondere im Hinblick auf die weitere Beteiligung, intensiv beobachten werde; gegebenenfalls müsse man ansonsten wieder darauf zurückkommen.

Frau Bellstedt erinnert daran, dass in der Arbeitsgruppe Bedarfsplanung im Rahmen der sozialräumlichen Erfassung das Thema Wohnen (ambulant und stationär) in Kontext mit der Arbeit in den Werkstätten diskutiert worden sei; dies solle auch in der Quartiersentwicklung aufgegriffen werden.

Herr Wessels betont, es gehe ihm nicht nur um die Berücksichtigung der Themen behinderter Menschen, sondern insbesondere um deren aktive Beteiligung im Prozess.

Frau Ott ergänzt, sie wünsche eine Einbeziehung der Bezirksvertretungen in diesen Prozess, da diese gerade im Rahmen der Quartiersentwicklung ihre Perspektive einbringen sollten. Außerdem bittet sie darum, eine Dokumentation von der Auftaktveranstaltung zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Frau Humpert-Kalb berichtet, sie habe die Erfahrung gemacht, dass es in den Quartieren Angebote für Kinder und Jugendliche gebe, die Eltern behinderter Kinder oft nicht bekannt seien, zum Beispiel Angebote von Sportvereinen.

Frau Selter antwortet, die Dokumentation der Auftaktveranstaltung befinde sich in der Endabstimmung; sie biete an, diese der Geschäftsstelle zur Verteilung zukommen zu lassen. Die Beteiligung der Bezirksvertretungen sei geplant, um das Projekt dort auch vorzustellen und zu diskutieren. Ein wesentlicher Teil der Auftaktveranstaltung habe sich mit der Vernetzung bereits bestehender Angebote befasst. Es gebe viele gute Angebote von Vereinen, von der Stadt und von ehrenamtlicher Seite, über die jedoch noch besser informiert werden müsse.

Der Vorsitzende dankt Frau Selter für ihren Vortrag.

TOP 5

Antrag „Nutzbarkeit der Blindenleitsysteme“

Herr Kozyk verweist auf die zugesandte Vorlage und erläutert die Problematik am Beispiel des Blindenleitsystems am Berta-von-Suttner-Platzes, das häufig durch

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

abgestellte Fahrräder blockiert sei. Der städtische Ordnungs- und Sicherheitsdienst, der dort kontrolliere, sei daran gehindert einzugreifen, da der Blindenleitstreifen ordnungsrechtlich ohne Belang sei. Als weiteres Beispiel nennt er den Weihnachtsmarkt in der Altstadt. Regelmäßig werde der dortige Leitstreifen durch Verkaufsstände blockiert. Er hoffe, dass mit einer Satzungsänderung die Rechtsgrundlage geschaffen werde, um derartiges Fehlverhalten zu vermeiden.

Frau Reichmann-Schmidt ergänzt, sie habe den Eindruck, dass vielen Menschen der Zweck dieser Streifen nicht bewusst sei. Sie regt eine öffentliche Aktion an, die das Leitsystem in das Bewusstsein der Menschen rücke.

Frau Pohlmann erwähnt die geringen Kontraste des Leitstreifens in der Altstadt, die weder durch die sehbehinderten Besucherinnen und Besucher noch durch die anliefernden Personen bemerkt würden. Sie kritisiert aber auch, dass die Leitsysteme oft von den blinden und sehbehinderten Menschen nicht genutzt würden. Sie selber bemühe sich, mit ihrem Langstock immer an den bestehenden Leitsystemen zu orientieren. Durch die konsequente Nutzung komme das auch mehr in das Bewusstsein der Menschen. Insofern sehe sie auch die Betroffenen selber in der Pflicht. Wenn sie mit anderen Personen zusammenstoße, erkläre sie ihnen regelmäßig den Zweck der Leitstreifen; dies sei ihrer Ansicht nach sehr wichtig und auch eine Form der Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Zielonka unterstützt den Antrag von Herrn Kozyk, hält es aber darüber hinaus für sinnvoll, weitere Dinge zu ergänzen. Parken auf abgesenkten Bordsteinkanten und auf Fußwegen sowie an Haltestellen von Bus und Bahn mache oft die Durchfahrt für Rollatoren und Rollstühle unmöglich. Er empfehle, diesbezüglich eine öffentliche Aktion von Beirat, Polizei, Ordnungs- und Sicherheitsdienst und anderen Akteurinnen und Akteuren durchzuführen.

Frau Sader empfiehlt, die Leitsysteme mit Symbolen, entsprechend der Radwegemarkierungen, zu kennzeichnen.

Frau Ott weist darauf hin, dass bei Erteilung von Sondernutzungsgenehmigungen auch auf die Blindenleitsysteme hingewiesen werden solle.

Herr Kozyk bestätigt, dass selbstverständlich auch das Bewusstsein zu schärfen sei, aber es müsse beides geschehen.

Der Vorsitzende schließt die Aussprache und lässt über den vorgelegten Antrag abstimmen.

Der Beirat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Beirat empfiehlt den zuständigen Gremien der Stadt Düsseldorf, folgenden ergänzenden Passus in die „ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Düsseldorf“ (Düsseldorfer Straßenordnung) aufzunehmen:

„Es ist untersagt, auf den vorhandenen Blindenleitsystemen (Leitlinien aus Rippen/Noppenstrukturen) Verkaufsstände aufzubauen und jegliche Gegenstände, wie zum Beispiel Werbeträger, Warenauslagen, Abfallbehälter, Bestuhlung, Fahrzeuge etc. abzustellen, da die Nutzbarkeit der Blindenleitsysteme jederzeit sichergestellt sein muss.“

TOP 6

Glatte Wegeverbindung Burgplatz / Marktplatz

Der Vorsitzende berichtet, dass dieser Tagesordnungspunkt auf Wunsch des geschäftsführenden Vorstandes aufgenommen worden sei. Man sei dort zu der Überzeugung gekommen, dass der derzeitige Zustand des Kopfsteinpflasters wegen der tiefen und breiten Fugen nicht nur Menschen mit Behinderung eine Barriere darstelle, sondern auch für alle anderen Menschen. In anderen Städten, aber auch in Düsseldorf selber (zum Beispiel in der Mühlengasse/Ratinger Mauer), fänden sich dafür Lösungen. Das Abschleifen des Kopfsteinpflasters am Burgplatz sei ein positiver Ansatz, aber bei weitem noch nicht ausreichend.

Aufgrund der kurzen Vorbereitungszeit habe sich das Amt für Verkehrsmanagement nicht in der Lage gesehen, einen Sachstandsbericht im Beirat abzugeben, insbesondere, weil es einer Abstimmung mit dem Denkmalschutz bedürfe.

Abschließend stellt er fest, dass der Beirat den Punkt in der nächsten Sitzung besprechen werde und gehe dann von einer abgestimmten Stellungnahme der Verwaltung aus.

TOP 7

Berichte aus den Runden Tischen

a) Runder Tisch Kommunikation

Herr Joedecke berichtet, der Runde Tisch Kommunikation habe sich zuletzt am 20. März getroffen und beschlossen, zwei Themen in den Beirat einzubringen:

Leichte Sprache, Infoterminal im Rathaus

Das Gremium habe sich mit einer Idee des Beiratsmitglieds, Herrn Christian Borzim, befasst, ein barrierefreies Infoterminal mit wichtigen Informationen in Leichter Sprache über aktuelle Veranstaltungen sowie über die Stadt und deren Kommunalpolitik an

zentraler Stelle aufzustellen. Mögliche Aufstellungsorte könnten das Rathaus oder auch die Touristeninformation am Marktplatz sein. Dazu sei es erforderlich, diese Informationen in Leichter Sprache übersetzen zu lassen. Der Runde Tisch halte das für eine gute Möglichkeit, einen ersten Einstieg zu weiteren Informationen in Leichter Sprache für den städtischen Internetauftritt zu finden. Dort befinde sich bislang lediglich ein Hinweis zur Benutzung der Website; an Themenseiten in Leichter Sprache fehle es bisher jedoch.

Technische Hilfen für Menschen mit Hörbehinderung

Die Anregung eines sachkundigen Bürgers, eine Auflistung der in Düsseldorf vorgehaltenen technischen Hörhilfen für Menschen mit Hörbehinderung herauszugeben, sei gleichfalls vom Runden Tisch aufgegriffen worden. Darunter seien verschiedene Vorrichtungen unter dem Sammelbegriff „induktive Höranlagen“ zu verstehen, die es schwerhörigen Menschen ermöglichen, Veranstaltungen besser folgen zu können. Als Beispiel wolle er den Sitzungssaal nennen, in dem der Beirat sich gerade befinde. Hier sei eine Induktionsschleife fest eingebaut. Vielfach sei leider nicht einmal das Vorhandensein entsprechender Anlagen bekannt. So sei zum Beispiel auch kein Hinweis auf die im Rathaus und in einigen Bezirksvertretungen eingebauten Anlagen vorhanden. Gleiches gelte für die verschiedenen Kultureinrichtungen. Der Runde Tisch spreche sich dafür aus, dass die Verwaltung ihre eigenen Anlagen sowohl in gedruckter Form als auch im Internet aufliste und veröffentliche.

Der Runde Tisch bitte den Beirat, die Anregungen zu beiden Punkten zu unterstützen und die Fachverwaltung um eine Beantwortung in der nächsten Sitzung zu ersuchen.

Der Vorsitzende lässt über die Anregungen abstimmen; der Beirat schließt sich der Empfehlung des Runden Tisches Kommunikation einstimmig an.

b) Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie

Frau Humpert-Kalb berichtet, der Runde Tisch habe sich in seiner Sitzung am 4. Mai mit folgenden drei Themenbereichen beschäftigt:

Projekte und Ziele des Jugendamtes

Herr Horn, Leiter des Jugendamtes, habe unter anderem über das Modellprojekt „Inklusive Disco“ berichtet. Das Angebot sei hinsichtlich der Inklusion noch verbesserungswürdig. Diesbezüglich werde das Thema vom Jugendamt weiter verfolgt und mit dem Jugendring sowie mit den freien Trägern besprochen.

2018 plane das Jugendamt unter Beteiligung des Runden Tisches Kinder, Jugend und Familie, des Beirates und der Fachämter einen Inklusionstag, der eine Informations- und Begegnungsplattform mit unterschiedlichen Workshops sein solle.

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Weiter sei darüber informiert worden, dass es insgesamt sieben neue barrierefreie Jugendfreizeiteinrichtungen geben werde. Die erste Einrichtung werde am 1. Oktober in Heerdt eröffnet. Dabei gehe es auch darum, inwiefern die Jugendfreizeiteinrichtungen auch von Menschen mit Behinderung genutzt werden und wie inklusive Programme gestaltet werden könnten.

Die geplante Skateranlage solle im Oktober/November fertig gestellt werden. Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung würden dann zu einem Tag der Begegnung eingeladen werden.

Herr Horn habe außerdem informiert über Schulungsprogramme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema „Inklusion“, organisatorische Veränderungen bei der Eingliederungshilfe für Kinder mit seelischer Behinderung und die Sicherstellung der Betreuer-Finanzierung für Kinder mit Behinderung, die an den Düsselferien teilnehmen.

Inklusionsplan / Inklusionsmonitor und barrierefreie Schulgebäude

Im zweiten Teil der Sitzung habe Frau Wernecke vom Schulverwaltungsamt über das Thema Inklusionsplan / Inklusionsmonitor informiert. Der Bereich „schulische Inklusion“ sei nur der erste Schritt. Nachfolgend müssten alle Bereiche abgedeckt werden und es müsste eine Abgrenzung zu den Aufgaben des Landes erfolgen. Der Runde Tisch habe vorgeschlagen, dass in den Inklusionsplan aufgenommen werden solle, wie eine inklusive Schule aussehen solle. Als Beispiel diene der Inklusionsplan der Stadt Köln. Dieser benenne Handlungsschritte, um ein gemeinsames Lernen von möglichst vielen Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf in der allgemeinen Schule zu ermöglichen. Frau Wernecke habe diese Idee aufgegriffen.

Barrierefreiheit von Schulgebäuden

Das Schulverwaltungsamt habe berichtet, dass der schulbauliche Bereich gemeinsam mit einer externen Firma ein Konzept für die Überprüfung und Darstellung der Barrierefreiheit an Schulen erarbeiten werde. Von jeder Schulform werde eine Schule exemplarisch ausgewählt. Die Ergebnisse sollen in der zweiten Jahreshälfte 2017 mit Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Fachgremien erörtert werden mit dem Ziel, ein abgestimmtes Konzept beziehungsweise eine Checkliste zur Bewertung aller Schulstandorte im Hinblick auf deren Barrierefreiheit zu erstellen.

TOP 8

Mitteilungen der Verwaltung

b) Notruf für Gehörlose

Herr Wehle berichtet, der Beirat habe sich bereits in seiner Sitzung im Dezember des vergangenen Jahres mit diesem Thema befasst und dabei auf Gespräche hinsichtlich einer bundesweiten Regelung hingewiesen. Die Feuerwehr bereite zurzeit die Informationen noch auf und habe deswegen der Einladung zur heutigen Sitzung noch nicht folgen können. Die Verwaltung schlage daher vor, das Thema als eigenen Tagesordnungspunkt für die nächste Beiratssitzung am 4. September vorzusehen und dann von der Feuerwehr ausführlich berichten zu lassen.

c) Überarbeitung der Satzung und Geschäftsordnung

In der letzten Sitzung seien Mitglieder einer erweiterten Arbeitsgruppe benannt worden, die sich am 4. April mit dem Ziel getroffen hätten, die bisher erarbeiteten Vorschläge auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die Mitglieder hätten den Vorschlag des stellvertretenden Beiratsvorsitzenden, Herrn Wessels, aufgegriffen, im Rahmen einer Klausurtagung die wesentlichen Eckpunkte für eine neue Satzung und eine neue Geschäftsordnung abzustimmen. Daraus solle sich ein Antrag entwickeln, der dem Beirat zur Abstimmung vorgelegt werde. Sollte der Beirat sich diesem Antrag anschließen, so werde die Verwaltung beauftragt, auf Grundlage dieser Eckpunkte den Text der neuen Satzung und Geschäftsordnung zu entwickeln. Abschließend werde der Entwurf mit einem Votum des Beirats dem Rat vorgelegt, der letztendlich entscheide.

d) Ratssitzungsdienst PV-Rat

Entsprechend dem Wunsch seiner Mitglieder seien die vorbereitenden Maßnahmen ergriffen worden, um den Beirat zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung in den Ratssitzungsdienst PV-Rat zu übernehmen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien in der Software geschult worden und die technischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Verwaltung gehe davon aus, dass der Beirat mit der Dezember-Sitzung erstmalig in PV-Rat vertreten sei.

e) Themen der nächsten Sitzungen

Wie bereits früher angekündigt, habe die Geschäftsstelle Vorbereitungen getroffen, dass der Beirat sich in seinen Sitzungen mit Schwerpunktthemen befassen könne. In der kommenden Sitzung werde das Thema „Wohnen“ den Schwerpunkt bilden. Der Geschäftsführer des Mietervereins habe bereits seine Teilnahme zugesagt. Er werde aus der Beratungspraxis des Vereins berichten.

Voraussichtlich in der Sitzung am 4. Dezember werde das Thema „Teilhabe am Arbeitsleben“ einen Schwerpunkt bilden. Diesbezüglich habe es bereits Gespräche mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und dem Integrationsfachdienst gegeben.

TOP 9

Verschiedenes

- Gemeinsame Sitzung von Beirat zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung, Ausschuss für Gesundheit und Soziales und Schulausschuss am 17. Mai

Frau Ott zeigt sich erstaunt, dass es trotz der Kritik aus den Reihen der Elternverbände bis auf die politischen Vertreterinnen und Vertreter keine Reaktionen und Nachfragen zum Thema Pooling gegeben habe.

Herr Wessels entgegnet, dass es in der gemeinsamen Sitzung einige Stellungnahmen aus den Reihen der Behindertenverbände gegeben habe. Selbstverständlich habe es auch seitens der Eltern einzelne Klagen gegeben, was bei einem derartig sensiblen Thema auch nicht ausbleibe. Dabei sei jedoch zu unterscheiden, ob es um individuelle Probleme gehe oder sich auf die organisatorischen Veränderungen als solche beziehe. Er habe bislang wenig Klagen hinsichtlich des Pooling-Verfahrens an sich vernommen. Selbstverständlich sei er auch sehr gespannt, was die Befragung der Eltern dazu ergebe, sehe das ganze Verfahren aber insgesamt nicht ganz so kritisch.

Frau Humpert-Kalb berichtet, sie sei vorab vom Verein Gemeinsam Leben und Lernen e. V. angeschrieben worden - allerdings erst am Sitzungstag selber. Dabei sei es darum gegangen, ob bereits eine Befragung der Eltern durchgeführt worden sei. Sie habe in der gemeinsamen Sitzung einen entsprechenden Antrag gestellt und Herr Buschhausen habe zugesagt, die Verwaltung werde eine derartige Befragung durchführen, so dass dieser Antrag gegenstandslos geworden sei. Außerdem habe der Verein Fragen zur religiösen Ausrichtung der Graf-Recke-Stiftung gestellt. Dies sei auch seitens der Fraktionen in der Sitzung angesprochen worden. Zuletzt habe der Verein kritisiert, dass man nicht zur Sitzung eingeladen worden sei. Sie habe daraufhin mitgeteilt, dass es eine öffentliche Sitzung sei, an der der Verein selbstverständlich teilnehmen könne. Darüber hinaus sei die Elternschaft Düsseldorfer Schulen (EDS) im Schulausschuss vertreten. Durch ihre Teilnahme im Qualitätszirkel Inklusion treffe sie viele Schulleitungen, die grundsätzlich mit dem neuen Verfahren zufrieden seien.

Herr Fischer erklärt seine Verwunderung hinsichtlich der Aussage von Frau Ott. Er selber habe in der Sitzung eine Reihe von Fragen gestellt, die von Herrn Buschhausen und Frau Heggen beantwortet worden seien. Aus dem Kreis der Behindertenvertreterinnen und Behindertenvertreter hätten sich mehrere Personen gemeldet.

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Frau Pohlmann merkt an, dass sie nur eine Tischvorlage bekommen habe, die sie aufgrund ihrer Sehbehinderung nicht lesen konnte, sie sich also nicht vorbereiten konnte. Sie habe sich noch die Frage gestellt, ob Kinder mit und ohne Behinderung auch neben dem rein schulischen Betrieb Kontakt hätten, ob sich auch Freundschaften entwickeln oder alles rein auf den schulischen Bereich beschränkt bleibe.

Ratsherr Lehne erklärt, es handle sich um ein besonders empfindliches Thema, weil es um eine besondere Form des „Kümmerns“ gehe. Dies habe dazu geführt, dass die Politik sehr hart nachgefragt habe. Man sei von betroffenen Eltern und Verbänden angesprochen worden und habe auch Klagen gehört. Er müsse jedoch fairerweise sagen, dass das Verfahren bis jetzt außergewöhnlich rund laufe. Wenn sich da etwas ändere, werde die Verwaltung das im Beirat berichten. Es gehe um die Sache und nicht darum, etwas zu verhindern, vor allem aber darum, so gut wie möglich mit den Betroffenen umzugehen.

Frau Heggen betont, die Fachverwaltung sei im ständigen Austausch mit den Schulen, Eltern und den Integrationshelferinnen und Integrationshelfern. Einerseits finde dieser Austausch im Arbeitskreis Integrationshilfe statt, wo aktuell im Juli sich eine Unterarbeitsgruppe damit befasse, an einigen kleineren Punkten Korrekturen vorzunehmen - Bedarfe, die seitens der Schulen und Eltern gemeldet worden seien. Andererseits sei sie über die Einzelfälle im Kontakt mit den betroffenen Eltern, sodass insgesamt ein reger Austausch stattfinde.

Herr Fischer betont, im Vergleich mit dem, was er aus anderen Städten gehört habe, stehe man in Düsseldorf, was das Thema Inklusion betreffe, verhältnismäßig gut da. Die Probleme seien hier wesentlich geringer als in den umliegenden Kommunen.

- U-Bahnhof Nordstraße

Herr Zielonka erinnert daran, dass die Rheinbahn berichtet habe, der neue Aufzug solle voraussichtlich ab April nutzbar sein. Leider sei das bis jetzt nicht der Fall. Die Verwaltung sagt zu, den Sachstand kurzfristig bei dem zuständigen Amt für Verkehrsmanagement zu erfragen.

- Entfluchtung Rathaus

Herr Fischer erinnert daran, dass er in der letzten Sitzung am 6. März nach den Regelungen zur Evakuierung von Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern im Rathaus gefragt habe. Seitens der Vertreterin des Amtes für Gebäudemanagement sei damals zugesagt worden, die Frage zu klären und sich um eine Antwort zur heutigen Sitzung zu bemühen.

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Frau Lilienbecker, die heute erstmals das Amt für Gebäudemanagement im Beirat vertritt, antwortet, dass für das Rathaus ein sogenannter „Evac-Chair“ angeschafft worden sei, der mit nur einer Hilfsperson gehbehinderten Menschen die Flucht über das Treppenhaus ermögliche. Darüber hinaus gebe es auch für das Rathaus ein Notfallkonzept, in welchem die ganzen Abläufe genau definiert seien. Sie sagt zu, zur nächsten Sitzung diesbezüglich noch einmal genauere Informationen mitzubringen.

Ergänzend erwähnt sie, dass mit Planungen begonnen worden sei, mit einem neuen Aufzug über den Marktplatz 3 eine bessere Erreichbarkeit des Plenarsaals sicherzustellen. Der Vorsitzende und der Beirat begrüßen ausdrücklich dieses Vorhaben.

Frau Humpert-Kalb meldet sich noch einmal zu Wort, insbesondere da sie sich vorher von Frau Ott angesprochen gefühlt habe hinsichtlich ihrer Aktivität in der gemeinsamen Sitzung am 17. Mai. Sie wolle ihrerseits darauf hinweisen, dass sie sich dort als Vertreterin des Beirates von den Parteien nicht ernst genommen fühle. In der März-Sitzung habe sie im Zusammenhang mit einem Antrag aus einer Fraktion eine kleine Petition geschrieben und dort vorgelesen, was mit Beifall aufgenommen worden sei. In der letzten Schulausschusssitzung am 17. Mai sei dies in der Niederschrift nur mit zwei Sätzen erwähnt worden, wovon einer auch nicht korrekt gewesen sei. Sie habe das angesprochen, worüber sich Ausschussmitglieder aus den Fraktionen lustig gemacht hätten. Sie habe schon mehrfach das Gefühl gehabt, von der Politik als Beiratsmitglied nur geduldet zu werden.

Der Vorsitzende erwiderte, er wolle nicht Aussagen einzelner Ausschussmitglieder kritisieren, aber das von Frau Humpert-Kalb geschilderte Verhalten sei natürlich nicht akzeptabel. Was Änderungswünsche zum Protokoll betreffe, erlebe er es häufig, dass dies kritisch aufgenommen würde. Lachen über andere sei nicht zu tolerieren. An die Beiratsmitglieder aus den Behindertenvereinen richtet er die Bitte, hinsichtlich der Änderungswünsche zum Protokoll standfest zu bleiben. Sie möchten die jeweilige Protokollführung entsprechend anschreiben, dann werde das meist eingebaut.

Zusätzlich sei aber noch festzustellen, dass die Rolle der Beiratsvertreterinnen und Beiratsvertreter in den Ausschüssen unzureichend definiert sei. Da müsse auch im Zusammenhang mit der neuen Satzung und Geschäftsordnung nachgebessert werden.

Frau Ott regt an, bei solchen Vorfällen, egal in welchem Ausschuss dies passiert sei, auch der Geschäftsstelle und dem Vorsitzenden immer eine Mail zur Mitkenntnis zu geben.

Ratsherr Lehne beendet diesen Punkt und erklärt, er nehme dies zum Anlass, in seiner Fraktion auf die besondere Rolle der Beiratsmitglieder hinzuweisen. Dies empfehle er auch den anderen Fraktionen.

Niederschrift der Sitzung des
Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung
vom 29. Mai 2017

Abschließend verabschiedet er sich von den Mitgliedern des Beirats und bedankt sich noch einmal für die gute Zusammenarbeit. Er sei nicht aus der Welt, er bleibe Düsseldorfer und hoffe darauf, dass man sich noch einmal wiedersehe.

Fragestunde der Bürgerinnen und Bürger

Es gibt keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 16.15 Uhr

Ratsherr Lehne

Vorsitzender

Wessels

stellvertretender Vorsitzender

Müller

Schriftführung